

SPRACHE

## Bimbos mit Bimbos

Im Gefolge der CDU-Affäre macht ein pfälzisches Dialektwort Karriere: „Bimbos“, wie Helmut Kohl Geld zu nennen pflegt, erobert Bildschirme und Zeitungstitel, Internet und Kabarett.

Per Anzeige im „Titelschutz-Anzeiger“ reservierte sich der TV-Sender Sat 1 vergangene Woche sämtliche Rechte an Filmtiteln wie „Bimbos“ und „Bimbos-Gate“. Seit Wochen taucht die Vokabel, die laut „Wörterbuch des Rotwelschen“ der „Gauersprache“ entstammt, in Leitartikel-Überschriften auf – typisch: „Kohl und der Bimbos“ („Tagespiegel“), „Die Macht des Bimbos“ („Welt“), „Mit und ohne Bimbos“ („Frankfurter Allgemeine“).

Bimbos durch Bimbos verspricht sich offenbar eine Berliner Multimedia-Agentur, die sich fix die Internet-Adresse [www.bimbos.de](http://www.bimbos.de) gesichert hat. Der Verwendungszweck war vergangene Woche noch offen – womöglich taugt die Webseite als Plattform für Kohl-Witzchen, die derzeit auf Kabarettbühnen und in Ulk-Sendungen eine Renaissance erleben. „Ich hab noch einen Koffer in Berlin, und wenn ich Bimbos brauch, dann fahr ich wieder hin“, singt der Kabarettist Thomas Freitag. TV-Entertainer Harald Schmidt witzelt über den Dicken: „Eines braucht Kohl nicht zu befürchten – dass er in Handschellen abgeführt wird. Die reichen ihm höchstens als Dau-



Grüne mit Kohl-Geldscheinen in Frankfurt am Main

menschrauben.“ Hessens Grüne verteilen selbst fabrizierte 200-Mark-Scheine mit Kohl-Porträt an Passanten.

Zeitungen scheuen sich nicht mehr, Namenswitze über den Altbimboskanzler zu reißen: Der „Stern“ nennt den Paten und Patriarchen der Union „Don Kohleone“, die „Zeit“ kalauert: „Helmut Kohle.“ Nachdem Sprachforscher „Kollateralschaden“ zum „Unwort des Jahres“ ausgerufen hatten, bescheinigte „Bild“ der CDU einen „Kohlateralschaden“.

Bissiger als jeder Satiriker reduzierte vorige Woche ein „taz“-Leser im Briefteil des Blattes die Bimbos-Affäre auf ihren Kern: „Schuld ist die Süßmuth! Sie hat als Bundestagspräsidentin fahrlässig versäumt, dem ehemaligen Kanzler sein Ehrenwort abzunehmen, dass er bereit sei, seinen Amtseid zu halten.“

AFFÄREN

## Fährte zum Fälscher

Die Berliner Staatsanwaltschaft prüft, ob sich der Urheber des gefälschten Faxes strafbar gemacht hat, in



Gefälschte Fax-Kennung

dem Helmut Kohl angeblich seine Aussagebereitschaft in der Spendenaffäre signalisierte. Die Fax-Kennung der Bonner CDU-Ratsfraktion sagt nichts über die Herkunft der Nachricht aus: Kennungen, die im Fax-Kopf erscheinen, werden aus einem Speicher des Gerätes gelesen, in den, so Philip Dellafera von der Telekom, beliebige Daten eingegeben werden können. Bei Straftaten droht anonymen Faxern dennoch Enttarnung: In Telekom-Computern sind sämtliche Verbindungsdaten 80 Tage lang gespeichert. Die Datenbank verrät, von welchem Anschluss aus ein Fax versandt wurde. Zulässig ist ein Daten-Suchlauf (Kosten: rund 4000 Mark) jedoch nur auf richterliche Anordnung.

NATURSCHUTZ

## Heikle Schenkung

Bundesumweltminister Jürgen Trittin (die Grünen) möchte 160 000 Hektar ehemaligen LPG-Landes – eine Fläche, so groß wie Hamburg und Berlin zusammen – unentgeltlich dem Naturschutz zur Verfügung stellen. Nun erwartet ihn Ärger mit Brüssel. Nach dem Entschädigungsgesetz von 1995 soll die bundeseigene Bodenverwertungs- und

-verwaltungsgesellschaft (BVVG) insgesamt 1,7 Millionen Hektar Äcker und Wälder in Ostdeutschland verkaufen, bevorzugt zu Sonderkonditionen an dortige Bauern. Bis Ende 1998 wurden 42 000 Hektar Ackerland und 185 000 Hektar Wald veräußert, größtenteils zu nur einem Drittel des Marktwertes. Falls Trittin wie geplant große Flächen vom Verkauf ausschließt und den Öko-Verbänden übereignet, befürchten Experten des Finanzministeriums Konflikte mit der EU: Brüssel könnte argu-



Unbewirtschaftete Ex-LPG-Fläche auf Rügen

mentieren, die Berliner Regierung verknappe das Flächenangebot – auch für Interessenten aus dem Ausland. Um Ärger mit der EU zu vermeiden, empfiehlt das Finanzministerium, den Naturschutzverbänden oder Ländern nur solche Grundstücke kostenlos zu überlassen, die unverkäuflich sind. Wollten die Länder darüber hinaus einstige LPG-Flächen schützen, müssten sie der BVVG in gleichem Umfang Ausgleichsareale anbieten.